

## Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 11/2018



Liebe Leserin, lieber Leser,

nicht nur für die SPD-Ratsfraktionen in Herdecke und Witten standen die letzten Wochen ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen, auch die SPD-Landtagsfraktion hat den vorgelegten Haushalt der schwarz-gelben Landesregierung in den letzten Wochen genau geprüft.

Ein Haushalt ist das wichtigste Gestaltungsinstrument einer Regierung, denn aus ihm lassen sich auch die politischen Schwerpunkte für die Entwicklung des Landes herauslesen. Für die SPD-Landtagsfraktion ist der vorliegende Haushaltsentwurf unsozial und ungerecht, da er trotz sprudelnder Steuereinnahmen die sozialen Belange der Menschen und der Städte in unserem Land nicht ausreichend berücksichtigt. Wir hatten in mehreren Änderungsanträgen gefordert, zusätzlich 27,5 Millionen Euro für die freie Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen und nicht für zusätzliche Stellen in den Ministerien auszugeben, wie es CDU und FDP planen. Dies gilt auch für ein landesweites Azubi-Ticket, damit Auszubildende mobiler werden und zu bezahlbaren Preisen zu ihren Betrieben kommen. Und die Qualität unserer Kitas muss verbessert werden, indem der Personalschlüssel erhöht wird. Unser Vorschlag dazu: Ein Ausbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher in Höhe von 29 Millionen Euro.

Die Einzelplanberatungen zum Haushalt fanden in der letzten Plenarwoche anlässlich seiner zweiten Lesung statt. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt erst im Dezember im Rahmen einer dritten Lesung, jedoch wurden unsere Änderungsanträge allesamt abgelehnt. Das ist das Schicksal, das einen als Oppositionsfraktion ereilen kann – es ist aber auch Ansporn, nicht locker zu lassen und den Finger in die Wunde zu legen.

Glück auf, Ihre Nadja Bütetführ

**Untersuchungsausschuss** Der tragische Fall des am 29. September 2018 in einem Haftraum der JVA Kleve verbrannten Amad A. lässt nach wie vor viele Fragen offen. Amad A. war zu Unrecht inhaftiert, das ist mittlerweile bekannt. Nach wie vor wissen wir jedoch nicht, wie und warum er gestorben ist. Auch der Umstand, dass seine Familie erst bei einem Besuch in der JVA Kleve über seinen Tod informiert wurde, ist menschlich weder nachvollziehbar noch vertretbar. Gemeinsam mit den Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen haben wir deshalb die Einsetzung eines [Untersuchungsausschusses](#) beschlossen. Dieser Untersuchungsausschuss soll Versäumnisse und Unterlassungen hinsichtlich der Umstände der Verwechslung, der Inhaftierung, des Todes und des Umgangs mit der Familie von Amad A. und der Ermittlungen aufklären. Besonders relevant sind für uns die Verwechslung von Amad A. mit einem tatsächlich gesuchten Straftäter aus Mali und die Umstände des Todes von Amad A. in Bezug auf die Brandentstehung, die Brandentwicklung und die Haftraumkommunikationsanlage, die nachweislich während des Brandes benutzt wurde. Ein Untersuchungsausschuss ist ein wichtiges Kontrollinstrument des Parlaments gegenüber der Landesregierung und muss von dieser auf Antrag eines Fünftels der Mitglieder des Landtags eingesetzt werden.

**Was macht der Brexit-Beauftragte?** Das Votum für den Ausstieg Großbritanniens aus der EU im Jahr 2016 war nicht nur eine Zäsur für die europäische Außenpolitik, seine Auswirkungen betreffen schon heute den Wirtschaftsstandort NRW und die hier lebenden Menschen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat aus diesem Grund im letzten Jahr den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und jetzigen Lobbyisten Friedrich Merz als Brexit-Beauftragten berufen. Jetzt, wo sich Großbritannien und die verbleibenden 27 EU-Staaten auf ein Abkommen verständigt haben, ist eine Präsenz NRWs im Vereinigten Königreich wichtiger denn je. Doch kann Merz sich derzeit überhaupt um seinen Job als Brexit-Beauftragter der Landesregierung kümmern, wo er sich doch täglich bei Pressegesprächen und auf Regionalkonferenzen um die Nachfolge Angela Merkels bewirbt? Wie das Magazin „Westpol“ berichtete, hat das Land Nordrhein-Westfalen gar keine Repräsentanz auf der Insel: Kein Büro, keine Adresse, keine Deals. Genau damit hatte die Landesregierung jedoch bei der Berufung von Merz geworben. Das Brexit-Abkommen muss noch in Großbritannien ratifiziert werden. Ob ein Übergangsabkommen zustande kommt, ist jedoch fraglich. NRW muss darauf vorbereitet sein. Aus diesem Grund haben nicht nur wir, sondern auch die beiden anderen Oppositionsfraktionen im Landtag in eigenen Anträgen eine [Aktuelle Stunde](#) zu dem Thema beantragt.



**100 Jahre Frauenwahlrecht** Die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts auch für Frauen in Deutschland vor 100 Jahren war ein Meilenstein und wurde von vielen starken Frauen, darunter an vorderster Front Sozialdemokratinnen wie Marie Juchacz, erkämpft. Die rechtliche Gleichstellung von Frauen wurde in den darauffolgenden Jahren in Deutschland erreicht, die vollständige gesellschaftliche Umsetzung hingegen noch nicht. Dazu genügt ein Blick in unsere Parlamente, Kreistage und Räte, in denen Frauen merkbar unterrepräsentiert sind. In einem gemeinsamen [Antrag](#) mit CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP fordern wir daher ein Aktionsprogramm zur Stärkung der Repräsentanz von Frauen in Ämtern in der Politik sowie insbesondere auf kommunaler Ebene bessere Rahmenbedingungen für das politische Engagement von Frauen. Dazu gehören beispielsweise berufs- und familiengerechte Sitzungszeiten und Termine, die natürlich auch Männern zugutekommen.



**Hammelsprung gegen Straßenausbaubeiträge** Die SPD-Landtagsfraktion hatte Anfang November in einem Gesetzentwurf die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für die Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagen. Unser Gesetzentwurf wurde einstimmig in den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung überwiesen und soll dort weiter diskutiert werden. Noch bevor dies geschehen konnte, haben CDU und FDP einen eigenen Antrag vorgelegt: Zukünftig soll es den Kommunen freistehen, ob sie Beiträge erheben. Das wird dazu führen, dass reiche Städte ihre Wohnstraßen ausbauen und sanieren. Finanzschwache Städte hingegen werden entweder nicht bauen oder aber ihre Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bitten müssen. Das ist ungerecht, unsozial und spaltet letztendlich das Land. Unser Vorschlag: Die Beiträge der Anwohnerinnen und Anwohner müssen in vollem Umfang vom Land übernommen werden. Das ist eine klare Lösung im Sinne der Menschen in NRW. Leider konnten wir den halbherzigen Vorschlag von CDU und FDP in der letzten Plenarwoche auch nicht durch einen „Hammelsprung“ verhindern. Mein allererster als Abgeordnete, während meine Kollegen Rainer Bovermann und Hubertus Kramer da schon geübter sind. Bei dieser Form der Stimmauszählung müssen alle Abgeordneten den Plenarsaal verlassen und durch Türen mit den Aufschriften „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ wieder betreten – dabei werden sie gezählt. Insbesondere bei unklaren Mehrheitsverhältnissen kann so ein Hammelsprung zu ungeahnten und auch unangenehmen Ergebnissen führen. Wir hatten unter anderem aufgrund der leeren Regierungsbank die Hoffnung, dass nicht genügend Abgeordnete der Regierungsfractionen anwesend sind und der Antrag somit abgelehnt werden könnte. Leider Fehlannonce, denn CDU und FDP konnten ihre Leute rechtzeitig zusammentrommeln. Die Straßenausbaubeiträge in NRW werden vermutlich bleiben.



### Was der AfD wichtig ist.

Der von den Vereinten Nationen verhandelte und im Bundestag mittlerweile beschlossene Migrationspakt bietet die Chance, den Handel mit Menschen und das Schleusen unter gefährlichsten Bedingungen zu bekämpfen und gleichzeitig Migration zu steuern. Zumindest letzteres müsste die AfD eigentlich freuen. Zumindest theoretisch, denn sie hat bereits bei Bekanntwerden des Abkommens getan, was sie am besten kann: Fakten verdrehen, den Menschen Angst machen und dem Landtag erneut eine unnötige Diskussion aufdrängen. Dass es ihr mal wieder nur um plakative Überschriften und braune Schlagzeilen geht und nicht um eine sachlich konstruktive Diskussion, zeigt ihr Antrag **Migrationspakt stoppen – Wir entscheiden selbst, wen wir ins Land lassen!** deutlich auf. Konsequenterweise ist auch der weitere Verfahrensgang: Normalerweise werden Anträge an die Fachausschüsse überwiesen, um dort sachlich diskutiert zu werden. Die AfD hatte jedoch eine direkte und namentliche Abstimmung beantragt: Eine große Show im Plenum, die sofort in den sozialen Netzwerken verbreitet wird, statt tatsächlicher inhaltlicher Auseinandersetzung und Arbeit in den Ausschüssen. Eine bewährte und kalkulierte Methode.

Ähnlich martialisch klingen die klimapolitischen Standpunkte der AfD. In ihrem [Antrag Mehr adaptiven Bevölkerungsschutz statt Klimanationalismus – Landesregierung muss Rheinvertiefung auf den Weg bringen und Kohlenstoffsteuer verhindern](#) verfallen die Abgeordneten der AfD im Landtag in ihr altbewährtes Muster des Leugnens des Klimawandels und seiner wissenschaftlich belegbaren Auswirkungen. Als Krönung fordern sie die Abschaffung des Klimaschutzgesetzes der rot-grünen Landesregierung aus dem Jahr 2013 und die Streichung aller finanziellen Mittel für Maßnahmen des Klimaschutzes, da diese nicht im Interesse der Bevölkerung stünden. Dieser Antrag wird nun demnächst im Fachausschuss diskutiert und es bleibt abzuwarten, ob die Abgeordneten der AfD dann weiterhin Verschwörungstheorien bedienen oder an einer wissenschaftlich fundierten Diskussion mitwirken. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, dass die AfD nur in den medial beachteten Plenarsitzungen große Töne spuckt, um dann, wenn die eigentliche Arbeit in den Fachausschüssen beginnt, abzutauchen.

## Herdecke – Witten

**Fusion Kaufhof/Karstadt** Die aktuellen Fusionsgespräche zwischen Kaufhof und Karstadt werden deutschlandweit mit großem Interesse verfolgt. Von den Kommunen, in denen Filialen der beiden Kaufhäuser angesiedelt sind, ebenso wie auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die um ihre Zukunft bangen. Auch in Witten ist die Filiale von Galeria Kaufhof ein wichtiger innerstädtischer Ankerpunkt in der Bahnhofstraße. Um einen Einblick in die Situation vor Ort zu bekommen, habe ich mich mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates von Galeria Kaufhof Witten und der Wittener AfA zu einem Gespräch getroffen. Neben interessanten Infos



zum Standort Witten habe ich auch einiges aus der langen Geschichte dieses Traditionshauses in der Wittener Innenstadt erfahren. Weitere, dann öffentliche Weichenstellungen werden Anfang 2019 erwartet.

**Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft** Auch in diesem Jahr hatte die Wittener SPD wieder zu ihrem traditionellen Ehrenamtsempfang eingeladen. Eine ganz besondere Veranstaltung, bei der Wittener Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler geehrt werden, die sonst nicht im Fokus der Aufmerksamkeit stehen. Meist ist es ihre stille Arbeit im Hintergrund, die unverzichtbar für das Funktionieren eines Vereins oder Projekts ist. Ob im Sportverein, in der Flüchtlingshilfe oder im Betreuungsverein: Die diesjährigen Geehrten blicken allesamt auf ein jahrzehntelanges Engagement für ihre Stadt und die Menschen, die hier leben, zurück. Als besonderer Gast war „mein“ Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty aus Düsseldorf angereist, der selbst eine Vielzahl von Ehrenämtern ausübt und sich besonders im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge engagiert, weil für ihn das Erinnern an die Schrecken von Kriegen und das Mahnen für den Frieden gerade mit Blick auf das aktuelle Weltgeschehen eine zentrale Rolle spielen.

**Besuch im Landtag** Kürzlich durfte ich eine Delegation von Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis im Landtag begrüßen. Begleitet wurde die Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Bethel.regional in Witten sowie der Evangelischen Stiftung Volmarstein. Nach einer kurzen Einführung in die Tagesordnung der Plenarsitzung



hieß es dann für alle eine Stunde lang „live“ dabei sein auf der Zuschauertribüne des Plenarsaals. Zu dem Zeitpunkt beriet das Landesparlament in einer Aktuellen Stunde über die Vorkommnisse in einer Bochumer Shisha Bar und danach über Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität von Pflegeberufen. Anschließend habe ich die Gruppe zu einer persönlichen Diskussions- und Fragestunde getroffen. Es ging um politische Abläufe und Prozesse im Landtag, aber vor allem um die Lebenssituation meiner Gäste. Wie sieht der (Arbeits-) Alltag aus, wie funktioniert das Miteinander in den Wohngemeinschaften, und welche Barrieren und Probleme gibt es außerhalb der Einrichtungen? Meine Gäste berichteten von ihrem Tagesablauf und ihren Arbeitsbereichen. Sie machen ihre Arbeit gerne und fühlen sich wohl, haben aber tagtäglich mit vielen Barrieren im Alltag zu kämpfen. „Einkaufen um die Ecke ist bei mir kein Problem. Mir wird überall geholfen, wenn ich nicht weiter weiß oder mit dem Rollstuhl irgendwo stecken bleibe. Da bin ich sehr froh drüber“, berichtet eine Rollstuhlfahrerin. Aber außerhalb ihrer gewohnten Umgebung sei es oft schwer, z. B. mit den öffentlichen Verkehrsmitteln von A nach B zu kommen. Barrierefreiheit sei an vielen Stellen in der Stadt oft gar nicht vorhanden. „Schön wäre es auch, wenn die VHS mehr Fortbildungsmaßnahmen anbieten würde, wo auch Menschen mit Behinderungen teilnehmen können. Oft sind diese nur für ‚normale‘ Menschen

reserviert, weil man keine Mittel und Möglichkeiten hat, Inklusion vor Ort umzusetzen“, weiß einer der Gäste zu berichten.

Alle waren sich einig, dass gerade die Teilhabe am normalen Leben, an kulturellen Freizeit- und Bildungsangeboten, viel mehr vorangetrieben werden müsse. Ich habe mich sehr über die positive Resonanz der Gruppe gefreut und viele Anregungen aus dem Gespräch mitgenommen. Es ist unsere Aufgabe, Politik für alle Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen. Am wichtigsten ist aber ein Bewusstsein in Wirtschaft und Gesellschaft für ein inklusives NRW, in dem Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt am Leben teilhaben können. An diesem Bewusstsein mangelt es oft.

**Belästigungen durch Verkehr** Gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen Hubertus Kramer aus dem EN-Kreis und Wolfgang Jörg aus Hagen habe ich auf Einladung der Stadt Herdecke in der vergangenen Woche an einem Runden Tisch zum Lärmschutz an der A1 teilgenommen. Gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag sowie Vertreterinnen und Vertretern der Städte Herdecke und Hagen sowie Straßen NRW haben wir uns auf einen guten Maßnahmenkatalog geeinigt, der jetzt hoffentlich schnell konkretisiert und umgesetzt wird. Lärm ist ein ernstzunehmendes Problem, und er beeinträchtigt das Wohlbefinden und die Gesundheit der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner massiv. Ich freue mich, dass die von der Herdecker SPD initiierte Resolution für diesen Runden Tisch im Herdecker Rat fraktionsübergreifend unterstützt und durch die Herdecker Verwaltung so schnell umgesetzt wurde.



Auch im Wittener Stadtteil Heven sind die Auswirkungen des Verkehrs ein großes Problem. Gemeinsam mit dem Hevener Ratsmitglied Martin Rose habe ich mich mit einer Anwohnerin getroffen, die ebenfalls sehr unter Verkehrslärm leidet. Dieser resultiert vor allem aus dem LKW-Verkehr auf dem Hellweg. Das obige Foto verdeutlicht die Situation der Anwohnerinnen und

Anwohner des Hellwegs ganz gut: Nicht nur Wohnhäuser, sondern auch eine Senioreneinrichtung, ein Jugendcafé und eine Kita befinden sich an dieser Straße, auf der vorbeifahrende LKW sehr dicht an die Gehwege und die angrenzende Wohnbebauung herankommen. Neben der Lärmbelästigung besteht ein großes Sicherheitsrisiko für Fußgängerinnen und Fußgänger und auch für die Bausubstanz der Häuser.

## Impressum

Dr. Nadja Bütefuehr MdL

Annenstr. 8  
58453 Witten  
02302 1767680  
[nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de](mailto:nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de)

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
0211 8842292  
[www.nadja-buetefuehr.de](http://www.nadja-buetefuehr.de)